

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilt nur auf weitere nur Montag, Mittwoch u. Freitag nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Freilichhaber bezugsgeld bei Einlieferung wöchentlich 500000 M., durch unsere Zusteller zugutragen in der Höhe 512000 M. auf dem Laufe 515000 M., durch die Post monatlich entrichtend. Alle Postanfragen und Postboten sowie unsere Zusteller und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgang des Bezugspreises.



Inserionspreis 120000 M. für die 6spaltige Kopfzeile oder deren Raum, nehmen, die 2spaltige 300000 M. Die Wiederholung und Jahresauftrag entsprechende Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil nur von Behörden die Zeitblätter Kopfzeile 300000 M., Nachstellungsgebühr 5000 M., Anzeigenannahme bis vornehmlich 10 Uhr. Für die Nichtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Ersteht seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Fschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inzeratenteil: Arthur Fschunke, beide in Wilsdruff

82. Jahrgang. Nr. 104.

Donnerstag / Freitag 6. / 7. September 1923

Amtlicher Teil.

Öffentliche Bekanntmachung.

Betriebssteuer — Arbeitgeberabgabe.

Alle Inhaber von industriellen, gewerblichen oder Handelsbetrieben haben als Betriebssteuer in der Zeit vom 1. September 1923 bis zum 29. Februar 1924 das Doppelte der von ihnen in dieser Zeit einbehaltenen Lohnsteuerbeiträge an die Finanzkasse zu entrichten. Die Abgabe ist — gleichviel ob Steuermarken verwendet werden oder im Ueberweisungsvordereingezahlt wird — zu bezahlen:

Am 5. jedes Monats für die Lohnzahlungen in der Zeit vom 21. bis zum Schlusse des Vormonats,
am 15. jedes Monats für die Lohnzahlungen in der Zeit vom 1. bis zum 10. des laufenden Monats,
am 25. jedes Monats für die Lohnzahlungen in der Zeit vom 11. bis zum 20. des laufenden Monats.

Bis zum 10. September 1923 ist das Doppelte derjenigen Beträge zu entrichten, die vor dem 1. September 1923 als Lohnsteuer einzubehalten waren, für die aber erst nach dem 1. September die Ueberweisung an die Finanzkasse oder die Verwendung von Steuermarken vorgenommen wird.

Gleichzeitig mit der Ueberweisung der Arbeitgeberabgabe ist eine Bescheinigung auszustellen, zu der Vordrucke unentgeltlich vom Finanzamt abgegeben werden.

Bei verbotener Zahlung ist Beireibung zu erwarten. Auch werden Zuschläge in beträchtlicher Höhe veranlaßt.

Finanzamt Rossen.

Bekanntmachung.

Bewertung der Natural- und Sachbezüge und der Deputate für den Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Auf Anordnung des Herrn Reichsministers der Finanzen werden mit Wirkung vom 1. September 1923 ab die Werte

a) für Verpflegung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung auf das Vierhundertachtzigfache,

b) der Deputate auf das Zweihundertvierzigfache

der in Nr. 56 der Sächsischen Staatszeitung vom 7. März 1923 veröffentlichten Wertesätze, d. i. auf das Fünfschufache der vom 1. August 1923 ab geltenden Sätze, erhöht. Der Wert der Wohnung für Deputatempfänger in der Land- und Forstwirtschaft beträgt 18000 Mark für Ueberheiratete und 36000 Mark für Verheiratete. Die volle freie Station beträgt nunmehr für die einzelnen Gruppen der Arbeitnehmer:

Gruppe	I	II	III
jährlich:	172800000 M.	230400000 M.	288000000 M.
monatlich:	14400000	19200000	24000000

Die neuen Werte können auf Grund der in Nr. 56 der Sächsischen Staatszeitung veröffentlichten Werte errechnet werden; sie werden auch von den Finanzämtern zum Aushang gebracht. Ueberbrüche, aus denen die Werte vom 1. März 1923 ersichtlich sind, können von den Finanzämtern gegen geringes Entgelt, soweit der Vorrat reicht, abgegeben werden.

Dresden, am 31. August 1923

Das Landesfinanzamt, Abteilung für Besitz- und Verkehrssteuern.

Freiwillige Versicherung zur Invalidenkasse.

Bisher stand freiwillig Versicherten die Wahl der Lohnklasse frei. Das ist nach der neuen Verfassung des § 1440 der Reichsversicherungsordnung nicht mehr der Fall. Es können zur freiwilligen Versicherung von jetzt ab Warten der Klassen I bis 12 und vom 17. September 1923 ab auch Warten der Klasse 13 nicht mehr verwendet werden. Wilsdruff, am 8. September 1923. Der Stadtrat — Versicherungsamt.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Wie verlautet, wird der Reichskanzler Dr. Stresemann in den nächsten Tagen mit dem sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Feigler eine Unterredung über dessen Meinungsverschiedenheiten mit der Reichswehr haben.

Die Meldung, daß die Franzosen über das ganze besetzte Gebiet eine achtstägige Polizeiverhängung verhängt haben, ist nicht. Anlaß dazu wird eine Sperre gegeben haben, die die Franzosen über Einßen verhängt haben.

Die Rheinlandkommission hat eine neue Ordnung angeordnet, wonach deutsche Beamte im Rheinland nach Belieben durch französische ersetzt werden könnten.

Poincaré will in aller nächster Zeit auf die Rede Dr. Stresemanns antworten und sich besonders über die Bedingungen aussprechen, unter denen ein Wirtschaftsbund zwischen Frankreich und Deutschland möglich sei.

In Tokio fanden nach dem Erdbeben Pfänderungen statt. Angeblich soll der neue Ministerpräsident ermordet worden sein.

Stresemanns Kurs.

Von besonders gut unterrichteter Seite wird uns aus Berlin geschrieben:

Die Stuttgarter Rede Dr. Stresemanns ist sicherlich nicht ohne guten Grund als die eigentliche Programmentklärung der neuen Regierung aufgefaßt worden, und in der Tat hat wohl noch kein Staatsmann weder auf deutscher Seite, noch auf der unserer Gegner heute die weltbewegenden Dinge mit so rückhaltloser Offenheit behandelt wie der gegenwärtige Reichskanzler. Es ist deshalb auch nur begreiflich, daß sich an diese Ausführungen im In- und Auslande lebhafteste Erörterungen geknüpft haben. Wir wissen aber nicht, ob es ein für Deutschland und das deutsche Volk günstiges Zeichen ist, wenn man feststellen muß, daß die Debatte im Inlande leider wieder mit besonderer Lebhaftigkeit geführt wird. Es wäre zweifellos wünschenswert, daß sich von ganz rechts bis ganz links eine vollständig einheitliche Auffassung herausgebildet hätte, auf deren Grundlage dann die Regierung dem Feindbund gegenüber hätte hervorheben können, daß sie alle Schichten und Parteien geschlossen hinter sich habe. Aber, so muß sich der ruhige Beobachter der Tagesereignisse, der einen solchen Mangel mit Bedauern feststellt, andererseits sofort wieder fragen: ist diese innerliche Zwiespältigkeit der Meinungen denn in der Tat im dem Maße vorhanden, wie man manchmal annehmen möchte?

Es will manchmal scheinen, als ob gerade jetzt wiederum unablässliche und absichtliche Mißverständnisse eine große Rolle spielen. Aus der Parteinähe her setzt man bei dem ändern mit Bezug auf die eine oder andere Frage ohne weiteres einen bestimmten Standpunkt voraus, um daraufhin gegen ihn vorzugehen. Dieser psychologische Vorgang ist immer und immer wieder zu

beobachten, und aus ihm heraus wird leider ein großer Teil unserer parteipolitischen Polemik bestritten.

Da ist z. B. in der Rede Dr. Stresemanns die Stelle über den passiven Widerstand und weiter die über ein etwaiges Wirtschaftsbündnis mit Frankreich. Bei dem ernstzunehmenden Teil der Kritiker des jetzigen Kanzlers waltet hier nun die Besürchtung ob, daß Dr. Stresemann gegenüber Poincaré erstens zu Verhandlungen „zu bereit sei und später, wenn es dazu kommt, sich von ihm „von einem Entgegenkommen zum andern treiben lassen würde“. Tatsächlich ist es aber doch die Meinung dieser Kreise, daß wir nicht nur irgendwann, sondern möglichst bald mit Frankreich an den Verhandlungstisch kommen müssen, und das dann selbstverständlich auch vom passiven Widerstand die Rede sein muß. Die Meinungen gehen nur darüber auseinander, ob dann die verhandelnde deutsche Regierung stark genug sein würde, das zu wahren, was unter allen Umständen gewahrt werden muß: nämlich die Unversehrtheit und Freiheit des gegenwärtigen deutschen Reichsgebietes und die Souveränität Deutschlands. Das heißt also, ob die Regierung nicht nur willens, sondern auch fähig sein wird, mit der nötigen Entschlossenheit und Kraft gegen jegliche Verschleierung oder ganz offene „Annexion“ von Rhein, Ruhr und Saar sich durchzusetzen. Die da meinen, diese Sicherheit sei nicht gegeben, sollten jedoch gerechterweise nicht übersehen, daß Dr. Stresemann sich gerade dafür mit seiner ganzen Person verbürgt und einsetzt. Denn er hat ausdrücklich hinzugesagt, daß wir zu jedem materiellen Opfer, auch schwerster Art, bereit sein

Ist Sparen wieder möglich?

Zeldne die Wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches.

Zeichnungen können bei der Reichsbank und bei den im Prospekt angegebenen Stellen sowie bei diesen durch Vermittlung sämtlicher Banken, Bankiers, Sparkassen und Kreditgenossenschaften bewirkt werden.

würden, niemals aber zur Preisgabe irgendwelchen deutschen Landes. Und gerade, weil er sicher sein kann, in diesem Punkte das ganze deutsche Volk als unerschütterliche Einheit hinter sich zu haben, darf man auch bestimmt davon ausgehen, daß er oder die deutschen Unterhändler dementsprechend handeln würden.

Ganz ähnlich bestimmt ist auch die Stellung der Regierung zu der vielbesprochenen Frage eines Wirtschaftsbündnisses mit Frankreich. Auch hier ist man in Deutschland von ganz rechts bis ganz links seit langem der Überzeugung, daß ein solches Bündnis die stärksten Möglichkeiten für eine Verschönerung der Verständigung mit Frankreich überhaupt enthält. Und auch hier ist ein Gegensatz nur insoweit vorhanden, als man auf der rechten befürchtete, dieses Bündnis könnte zu einem Vertrag werden, den der Stärkere dem Schwächeren aufzwingt und zu einer harten Fessel macht. Demgegenüber lese man jedoch die Worte des Kanzlers nach, in denen deutlich zum Ausdruck kommt, daß davon niemals die Rede sein könnte. Deutschland nimmt selbstverständlich für sich in Anspruch, von gleich zu gleich als ebenbürtiger Partner, so in mancher Hinsicht sogar als der stärkere Geschäftsinhaber gewertet zu werden. Ja, nicht mit Unrecht ist sogar darauf verwiesen worden, daß wir auf einen verächtlichen Wirtschaftsbund geradezu hinarbeiten müssen, um die Forderungen Frankreichs herabzudrücken. Denn es ist in der Tat klar, daß Frankreich ein Deutschland, dessen Industrie und Wirtschaft mit der zeitigen eng verflochten ist, auch hinsichtlich einer etwaigen späteren Gegnerschaft anders einschätzen würde, als wenn diese Voraussetzung vorher nicht geschaffen worden wäre.

So ergibt sich also, daß auch diese Dinge zwei Seiten haben, und daß jeder bedenken sollte, ob die ungedeuerte erste Lage des Reiches nicht tatsächlich zur größten parteipolitischen Zurückhaltung auffordert. In den Tagen, da das Kabinett Stresemann geschaffen wurde, waren sich alle darin einig, daß es den letzten Pfell im deutschen Röcher darstelle. Darin hat sich nicht nur nichts geändert, sondern das ist im Gegenteil nur noch wahrer geworden. Kritik soll und darf auch jetzt geübt werden, aber man muß sich in allen Parteilagern darüber klar sein, daß sie niemals so geübt werden kann und darf, wenn dadurch die innere Geschlossenheit und Einigkeit des deutschen Volkes auch nur entfernt darunter leidet.

Die Rehrste.

Von den kritischen Stimmen der rechtsstehenden Presse zur Stuttgarter Kanzlerrede seien die Auerungen der Deutschen Tageszeitung und der Kreuzzeitung hervorgehoben.

Das erstere Blatt spricht von einem Mißverständnis von Wollen und Können. Stresemann besinne sich auf dem Wege der Liquidation des Ruhrunternehmens ohne vorherige klare Klärung: auf dem Wege also eines höchst gefährlichen, talenden Experimentierens. Innerpolitisch bezeichnet es das Blatt als eine Umkehrung der tatsächlichen Verhältnisse, wenn Herr Dr. Stresemann fragt, was denn von der Substanz der